

# GROSSER RAT

## Oktobersession 2023

### Anfrage Mazzetta betreffend Einführung eines «Klimachecks» als Entscheidungskriterium

In der Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 wurde das Klima- und Innovationsgesetz angenommen. Das neue Gesetz wird voraussichtlich am 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt. Das Kernziel des Gesetzes ist das Netto-Null-Ziel bis 2050. Es enthält Richtwerte für die Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie und schreibt vor, dass alle Unternehmen spätestens im Jahr 2050 Netto-Null-Emissionen aufweisen müssen. Für die zentrale Bundesverwaltung soll dieses Ziel bereits 2040 erreicht sein. In Art. 12 Abs. 1 steht zudem, dass andere Erlasse auf Bundesebene, aber auch auf kantonaler Ebene so auszugestalten und anzuwenden sind, dass sie zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Erwähnt werden insbesondere Bereiche wie CO<sub>2</sub>, Umwelt, Energie, Raumplanung, Finanz-, Land-, Wald- und Holzwirtschaft, Strassen- und Luftverkehr sowie Mineralölbesteuerung. In den meisten dieser Bereiche gibt es auch kantonale Erlasse.

Mit dem Green Deal hat der Grosse Rat das Netto-Null-Ziel für Graubünden ebenfalls bereits beschlossen. Anpassungen der Gesetzgebung sind aktuell in Prüfung. Unklar ist, wie weit das Klima- und Innovationsgesetz weitere Gesetzesanpassungen nötig macht, damit die Zwischenziele und das Netto-Null-Ziel 2050 erreicht werden können. Wichtig ist jedoch auch, dass jede staatliche Entscheidung wie neue Gesetze, staatliche Investitionen und Förderungen auf das Netto-Null-Ziel hin geprüft werden. So wie die Regierung heute auf Grund von Art. 38 Finanzhaushaltsverordnung (FHV, BR 710.110) die personellen und finanziellen Auswirkungen in den Vorlagen ausweist, sollte sie staatliche Entscheidungen auch einem «Klimacheck» unterziehen. Die Regierung könnte beispielsweise die zu erwartenden Emissionen in CO<sub>2</sub>eq ausweisen, dabei ist zu beachten, dass der Mehraufwand für die Verwaltung möglichst klein gehalten wird. Bereits eingeführt hat die Regierung ein freiwilliges Instrument für die Beurteilung der Nachhaltigkeit von Projekten der kantonalen Verwaltung. Wird dieses mit dem Klimacheck ergänzt, so ergibt sich ein einheitliches Instrument, das den administrativen Aufwand der Verwaltung fokussiert und minimiert.

Die Unterzeichnenden möchten von der Regierung Folgendes wissen:

1. Wie wird die Regierung bei der Überprüfung der Gesetze für den Green Deal II die Anforderungen des Klima- und Innovationsgesetzes berücksichtigen?
2. Teilt die Regierung die Einschätzung, dass ein «Klimacheck» bei Gesetzesvorlagen, staatlichen Investitionen und Förderungen zum Entscheidungskriterium werden sollte?
3. Ist die Regierung bereit, die Einführung eines solchen «Klimachecks» zu prüfen?
4. Wie konsequent wird die freiwillige Beurteilung der Nachhaltigkeit von Projekten der kantonalen Verwaltung angewendet?
5. Wie werden die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, Soziales/Gesellschaft, Ökonomie und Ökologie bei öffentlichen Ausschreibungen in Prozenten gewichtet, und wie ist die minimale und maximale Gewichtung sowie der Medianwert Ökologie?

Chur, 18. Oktober 2023

**Mazzetta**, Danuser (Chur), Said Bucher, Bachmann, Bardill, Baselgia, Bavier, Beeli, Bergamin, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Cahenzli-Philipp, Danuser (Cazis), Degiacomi, Dietrich, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Gianelli, Gredig, Hoch, Kaiser, Kappeler, Kreiliger, Müller, Negretti, Nicolay (Bever), Oesch, Preisig, Rageth, Rettich, Rusch Nigg, Rutishauser, Saratz Cazin, Walser, Wieland, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

12. Dezember 2023

Mitgeteilt den

14. Dezember 2023

Protokoll Nr.

980/2023

### **Anfrage Mazzetta**

betreffend Einführung eines «Klimachecks» als Entscheidungskriterium

### **Antwort der Regierung**

Die an die Regierung gerichteten Fragen lassen sich wie folgt beantworten:

*Zu Frage 1:* Im Rahmen der zweiten Etappe des Aktionsplans Green Deal für Graubünden (AGD) wurde der Entwurf eines neuen Gesetzes ausgearbeitet und es sind in drei bestehenden Erlassen Fremdänderungen vorgesehen. Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage, die schwerpunktmässig in das erste Quartal 2024 fällt, enthält Regelungen, welche einen Teil der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG; BBl 2022 2403 ff.) umsetzen. Dies betrifft beispielsweise die Vorbildfunktion in Art. 10 Abs. 1 und Abs. 4 KIG. Eine darüber hinausgehende Überprüfung von kantonalen Erlassen hinsichtlich des noch nicht in Kraft getretenen Art. 12 KIG wurde im Rahmen des AGD Etappe II jedoch nicht vorgenommen. Eine solche Überprüfung hätte den Zeitbedarf für die Ausarbeitung der Vorlage erhöht. Da die bundesrätlichen Ausführungsbestimmungen zum KIG noch nicht vorliegen, ist im Übrigen derzeit noch unklar, in welchem Rahmen die in Art. 12 Abs. 1 KIG genannten Erlasse so ausgestaltet sind, dass sie zur Erreichung der Ziele des KIG beitragen. Diesbezügliche Abklärungen können beispielsweise im Rahmen von noch zu erfolgenden Teil- und Totalrevisionen vorgenommen werden.

*Zu Frage 2:* Die Regierung teilt diese Einschätzung nicht. Die Vorgaben des Art. 12 Abs. 1 KIG betreffend die Gesetzesvorlagen sollen selbstverständlich umgesetzt werden. Die Regierung geht davon aus, dass nicht zwingend bzw. in jedem Fall ein «Klimacheck» im Sinne der vorliegenden Anfrage durchgeführt werden muss, bei dem die zu erwartenden Emissionen in CO<sub>2eq</sub> auszuweisen sind. Staatliche Investitionen und die Ausrichtung von Fördergeldern bedürfen in jedem Fall einer Prüfung der Konformität mit dem geltenden Recht, zu dem künftig auch Art. 12 Abs. 1 KIG mit seinen Ausführungsbestimmungen gehören wird. Daher ist die Berücksichtigung dieser

Bestimmung im Rahmen der Prüfung des entsprechenden Ausgabenbeschlusses inkludiert. Beim übrigen Vollzug von Gesetzen aus den in Art. 12 Abs. 1 KIG aufgezählten Bereichen sind die entsprechenden Vorgaben zu berücksichtigen. Ob dies einen förmlichen Klimacheck erforderlich macht, ist noch offen.

*Zu Frage 3:* Nach Erlass der Ausführungsbestimmungen zu Art. 12 Abs. 1 und Abs. 2 KIG und dem Inkrafttreten des KIG wird die Regierung das weitere Vorgehen prüfen. Dabei ist ein über die Kantone hinweg möglichst harmonisiertes und mit dem Bund abgestimmtes Vorgehen anzustreben.

*Zu Frage 4:* Bei der Nachhaltigkeitsbeurteilung (NHB) handelt es sich um ein freiwilliges Instrument, welches für «grosse» Projekte mit namhaften Auswirkungen zur Anwendung kommt und die drei Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft abdeckt. Dabei obliegt der Entscheid über die Vornahme einer NHB der Leitbehörde. Die Frage nach dem Grad der konsequenten Anwendung der NHB lässt sich nicht ohne Weiteres beantworten, da die Kriterien, welche für die Durchführung einer NHB sprechen, eine gewisse Unschärfe aufweisen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass ein gewisses Potenzial für weitere NHB besteht.

Die NHB und die Umsetzung des Art. 12 KIG bzw. ein allfälliger «Klimacheck» sollen aus Sicht der Regierung nicht miteinander verknüpft werden, da jeweils ein anderer Anwendungsbereich besteht.

*Zu Frage 5:* Für eine nachhaltige Beschaffung sind nebst der Wahl und Gewichtung der einzelnen Zuschlagskriterien die von den Anbietenden zwingend zu erfüllenden Eignungskriterien und die technischen Ausschreibungsspezifikationen entscheidend, beispielsweise zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen oder zum Schutz der Umwelt. Diese werden beim Zuschlag nicht gewichtet. Prozentwerte zu verschiedenen Zuschlagskriterien sind deswegen nur beschränkt aussagekräftig, weshalb an dieser Stelle auf entsprechende Angaben verzichtet werden soll.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

# CUSSEGL GROND

Sessiun d'october 2023

## Dumonda Mazzetta concernent l'introducziun d'in «check climatic» sco criteri da decisiun

En la votaziun dal pievel dals 18 da zercladur 2023 è vegnida acceptada la Lescha davart il clima e l'innovaziun. La nova lescha entra previsiblamain en vigur il 1. da schaner 2025. La finamira centrala da la lescha è quella da cuntanscher netto nulla emissiuns fin l'onn 2050. La lescha cuntegna valurs directivas per ils secturs edifizis, traffic ed industria e prescriba, che tut las interpresas stoppian avair netto nulla emissiuns fin il pli tard l'onn 2050. Per l'administraziun federala centrala duai questa finamira esser cuntanschida gia l'onn 2040. En l'art. 12 al. 1 statti plinavant, che auters relaschs sin plaun federal, dentant er sin plaun chantunal, stoppian vegnir concepids ed applitgads uschia, ch'els gidan a cuntanscher questa finamira. Menziunads vegnan cunzunt secturs sco CO<sub>2</sub>, ambient, energia, planisaziun dal territori, economia da finanzas, da terren, da guaud e da laina, traffic sin via e traffic aviatric sco er ina imposiziun da taglia sin ielis minerals. En la gronda part da quests secturs existan er relaschs chantunals.

Cun il Green Deal ha il Cussegl grond concludì la finamira netto nulla er per il Grischun. Adattaziuns da la legislaziun vegnan actualmain examinadas. I n'è betg cler, quant fitg che la Lescha davart il clima e l'innovaziun pretenda ulteriuras adattaziuns da leschas, per che las finamiras intermediaras e la finamira netto nulla possian vegnir cuntanschidas l'onn 2050. Impurtant èsi dentant er, ch'i vegnia controllà a chaschun da mintga decisiun statale sco per exempel a chaschun da novas leschas, investiziuns e perscrutaziuns statalas, che la finamira netto nulla vegnia cuntanschida. Da medema maniera sco che la Regenza inditgescha oz en ils projects – sin basa da l'art. 38 da l'Ordinaziun da finanzas (OFC, DG 710.110) – las consequenzas persunalas e finanzialas, duess ella suttemetter las decisiuns statalas er ad in «check climatic». Per exempel pudess la Regenza inditgar las emissiuns che vegnan spetgadas en CO<sub>2</sub>eq, faschond atenziun ch'ils custs supplementars restian uschè pitschens sco pussaivel per l'administraziun. La Regenza ha gia introducì in instrument facultativ per valitar la persistenza da projects da l'administraziun chantunala. Sche quest instrument vegn cumpletà cun il check climatic, resulta in instrument unitar che focussescha e minimescha ils custs administrativs da l'administraziun.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders vulessan savair il suandant da la Regenza:

1. Co vegn la Regenza a resguardar las pretensiuns da la Lescha davart il clima e l'innovaziun cura ch'ella suttemetta las leschas ad in'examinaziun per il Green Deal II?
2. Sustegna la Regenza la validaziun, ch'in «check climatic» stuess daventar il criteri da decisiun en cas da projects da lescha, d'investiziuns e da promoziuns statalas?
3. È la Regenza pronta d'examinar l'introducziun d'in tal «check climatic»?
4. Quant consequentamain vegn applitgada la validaziun facultativa da la persistenza da projects da l'administraziun chantunala?
5. Co vegni dà paisa a las trais dimensiuns da la persistenza, dals fatgs socials/da la societad, da l'economia e da l'ecologia tar publicaziuns uffizialas validà en pertschiants, e co è la paisa minimala e maximala sco er il median da l'ecologia?

Cuira, ils 18 d'october 2023

**Mazzetta**, Danuser (Cuira), Said Bucher, Bachmann, Bardill, Basergia, Bavier, Beeli, Bergamin, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Cahenzli-Philipp, Danuser (Cazas), Degiacomi, Dietrich, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Gianelli, Gredig, Hoch, Kaiser, Kappeler, Kreiliger, Müller, Negretti, Nicolay (Bever), Oesch, Preisig, Rageth, Rettich, Rusch Nigg, Rutishauser, Saratz Cazin, Walser, Wieland, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

12 da december 2023

14 da december 2023

980/2023

### **Dumonda Mazzetta**

concernent l'introducziun d'in «check climatic» sco criteri da decisiun

### **Resposta da la Regenza**

Las dumondas drizzadas a la Regenza pon vegnir respundidas sco suonda:

*Tar la dumonda 1:* En il rom da la segunda etappa dal Plan d'acziun Green Deal per il Grischun (AGD) è vegnì elavurà il sboz per ina nova lescha ed èn vegnidas pre-visas midadas en trais auters relaschs existents. La consultaziun tar quest project, che ha lieu principalmain en l'emprim quartal 2024, cuntogna regulaziuns che realiseschan ina part da las disposiziuns da la Lescha federala davart las finamiras en la protecziun dal clima, davart l'innovaziun e davart il rinforzament da la segirezza energetica (LCI; Fegl uffizial federal 2022 2403 ss.). Quai pertutga per exempel la rolla exemplarica en l'art. 10 al. 1 ed al. 4 LCI. In'ulteriura examinaziun da relaschs chantunals areguard l'art. 12 LCI che n'è anc betg entrà en vigur, n'è dentant betg vegnida fatga en il rom da la segunda etappa dal AGD. Ina tala examinaziun avess prolungà il temp per elavurar il project. Perquai che las disposiziuns executivas dal Cussegl federal tar la LCI n'èn anc betg avant maun, èsi dal rest il mument anc in-tschert, en tge rom ch'ils relaschs numnads en l'art. 12 al. 1 LCI ston vegnir concepids, per ch'els gidian a cuntanscher las finamiras da la LCI. Scleriments en chausa pon per exempel vegnir fatgs en il rom da las revisiuns parzialas e totalas che vegnan a suandar.

*Tar la dumonda 2:* La Regenza na va betg d'accord cun questa valitaziun. Las prescripziuns da l'art. 12 al. 1 LCI concernent ils projects da leschas duain natiralmain vegnir realisadas. La Regenza parta dal fatg, ch'i na stoppia betg vegnir fatg obligatoricamain resp. en mintga cas in «check climatic» en il senn da la dumonda qua avant maun, en il qual las emissiuns presumtivas ston vegnir cumprovadas en CO<sub>2eq</sub>. Las investiziuns statalas ed il pajament da daners da promoziun dovran en mintga cas in'examinaziun da la confurmitad cun il dretg vertent, al qual vegn ad appartegnair en il futur er l'art. 12 al. 1 LCI cun sias disposiziuns executivas. Perquai vegn

questa disposiziun gia resguardada cun controllar il conclus d'expensas correspondent. En l'ulteriura execuziun da las leschas che pertutgan ils secturs enumerads en l'art. 12 al. 1 LCI, ston vegnir resguardadas las prescripziuns correspondentas. Sch'in check climatic formal è necessari per quai, n'è anc betg enconuscent.

*Tar la dumonda 3:* Suentar che las disposiziuns executivas tar l'art. 12 al. 1 ed al. 2 LCI èn vegnidas relaschadas e suenter che la LCI è entrada en vigur, vegn la Regenza ad examinar l'ulteriur proceder. Per quest intent ston vegnir empruvà da cuntanscher in proceder armonisà uschè bain sco pussaivel tranter ils chantuns e cun la Confederaziun.

*Tar la dumonda 4:* La valitaziun da persistenza è in instrument facultativ che vegn applitgà per projects «gronds» cun consequenzas considerablas e che cumpiglia las trais dimensiuns economia, ecologia e societad. La decisiun, sch'i vegn fatg ina valitaziun da persistenza è chausa da l'autorità directiva. La dumonda davart il grad da l'applicaziun consequenta da la valitaziun da persistenza na pon ins betg responder mo uschia, perquai ch'ils criteris che pledan a favur d'ina realisaziun d'ina valitaziun da persistenza han tschertas insuffizienzas. Ins po dentant partir dal fatg, ch'in tschert potenzial per ulteriuras valitaziuns da persistenza exista.

La valitaziun da persistenza e la realisaziun da l'art. 12 LCI resp. in eventual «check climatic» na duain – tenor l'opiniun da la Regenza – betg vegnir cumbinadas ina cun l'autra, perquai ch'ellas han mintgamai in auter champ d'applicaziun.

*Tar la dumonda 5:* Per in'acquisiziun persistenta èn decisivs – ultra da la tscherna ed ultra da la paisa dals singuls criteris d'agjudicaziun – ils criteris da qualitad che ston vegnir ademplitds dals offerents sco er las specificaziuns tecnicas da la publicaziun, per exempel d'observar las resursas natiralas u da proteger l'ambient. Per l'agjudicaziun na vegnan quels betg validads. Las procentualas concernent ils differents criteris d'agjudicaziun èn pia mo limitadamain expressivas. Perquai duai vegnir desisti en quest lieu da far indicaziuns correspondentas.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il chancelier:

Daniel Spadin

# GRAN CONSIGLIO

Sessione di ottobre 2023

## Interpellanza Mazzetta concernente l'introduzione di un «controllo climatico» come criterio decisionale

In occasione della votazione popolare del 18 giugno 2023 il Popolo ha accettato la legge sul clima e sull'innovazione. Il nuovo atto normativo entrerà probabilmente in vigore il 1° gennaio 2025. L'obiettivo principale della legge è il saldo netto delle emissioni pari a zero entro il 2050. La legge prevede valori indicativi per i settori edifici, trasporti e industria e stabilisce che tutte le aziende debbano presentare un saldo netto delle emissioni pari a zero al più tardi entro il 2050. L'Amministrazione federale centrale deve raggiungere questo obiettivo già entro il 2040. Nell'art. 12 cpv. 1 si legge inoltre che altri atti normativi a livello federale ma anche cantonale andrebbero concepiti e applicati in modo da contribuire al raggiungimento di questo obiettivo. Vengono menzionati in particolare ambiti come il CO<sub>2</sub>, l'ambiente, l'energia, la pianificazione del territorio, le finanze, l'agricoltura, l'economia forestale e del legno, la circolazione stradale e il traffico aereo nonché l'imposizione degli oli minerali. Per la maggior parte di questi ambiti esistono anche atti normativi cantonali.

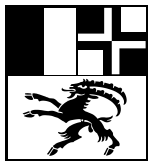
Con il Green Deal il Gran Consiglio ha inoltre già adottato l'obiettivo del saldo netto delle emissioni pari a zero per i Grigioni. Attualmente vengono valutati adeguamenti della legislazione. Non è chiaro in che misura la legge sul clima e sull'innovazione renderà necessari altri adeguamenti legislativi affinché sia possibile raggiungere gli obiettivi intermedi e l'obiettivo del saldo delle emissioni pari a zero entro il 2050. Tuttavia è anche importante che ogni decisione statale come nuove leggi, investimenti e promozioni statali venga verificata in relazione all'obiettivo del saldo delle emissioni pari a zero. Così come oggi, in base all'art. 38 dell'ordinanza sulla gestione finanziaria cantonale (OGFC; CSC 710.110), vengono illustrate le conseguenze finanziarie e in termini di personale dei progetti, il Governo dovrebbe sottoporre le decisioni statali anche a un «controllo climatico». Il Governo potrebbe presentare ad esempio le emissioni di CO<sub>2</sub>eq attese, tenendo conto del fatto che l'onere supplementare per l'Amministrazione dovrebbe possibilmente essere ridotto al minimo. Il Governo ha già introdotto uno strumento facoltativo per la valutazione della sostenibilità di progetti dell'Amministrazione cantonale. Se questo strumento sarà integrato con il controllo climatico, risulterà uno strumento unitario che metterà al centro e ridurrà al minimo l'onere amministrativo dell'Amministrazione.

Le firmatarie e i firmatari desiderano sapere dal Governo:

1. Il Governo come terrà conto dei requisiti della legge sul clima e sull'innovazione in sede di verifica delle leggi per il Green Deal II?
2. Il Governo condivide l'opinione secondo cui un «controllo climatico» debba diventare un criterio decisionale per progetti di legge, investimenti e promozioni statali?
3. Il Governo è disposto a valutare l'introduzione di un tale «controllo climatico»?
4. Con quale coerenza viene utilizzata la valutazione facoltativa della sostenibilità di progetti dell'Amministrazione cantonale?
5. Come vengono ponderate in termini percentuali le tre dimensioni sostenibilità, socialità/società, economia ed ecologica nei concorsi pubblici e quali sono la ponderazione minima e massima nonché il valore mediano ecologia?

Coira, 18 ottobre 2023

**Mazzetta**, Danuser (Coira), Said Bucher, Bachmann, Bardill, Baselgia, Bavier, Beeli, Bergamin, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Cahenzli-Philipp, Danuser (Cazis), Degiacomi, Dietrich, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Gianelli, Gredig, Hoch, Kaiser, Kappeler, Kreiliger, Müller, Negretti, Nicolay (Bever), Oesch, Preisig, Rageth, Rettich, Rusch Nigg, Rutishauser, Saratz Cazin, Walser, Wieland, Zanetti (Sent)



Seduta del

12 dicembre 2023

Comunicato il

14 dicembre 2023

Protocollo n.

980/2023

### **Interpellanza Mazzetta**

concernente l'introduzione di un «controllo climatico» come criterio decisionale

### **Risposta del Governo**

Alle domande rivolte al Governo è possibile rispondere come segue:

*In merito alla domanda 1:* nel quadro della tappa II del piano d'azione Green Deal per i Grigioni (PAGD) è stato elaborato un nuovo progetto di legge e sono previste modifiche di altri tre atti normativi. La consultazione relativa a questo progetto, che si svolgerà principalmente nel primo trimestre 2024, contiene regolamentazioni che daranno attuazione a una parte delle disposizioni previste dalla legge federale sugli obiettivi in materia di protezione del clima, l'innovazione e il rafforzamento della sicurezza energetica (LOCli; FF 2022 2403 segg.). Questo riguarda in particolare il ruolo esemplare di cui all'art. 10 cpv. 1 e cpv. 4 LOCli. Tuttavia nel quadro della tappa II del PAGD non è stata effettuata una verifica più dettagliata di atti normativi cantonali sulla base dell'art. 12 LOCli non ancora entrato in vigore. Una tale verifica avrebbe richiesto più tempo per l'elaborazione del progetto di legge. Poiché le disposizioni esecutive del Consiglio federale in relazione alla LOCli non sono ancora disponibili, al momento non è nemmeno chiaro come articolare gli atti normativi menzionati nell'art. 12 cpv. 1 in modo che contribuiscano al raggiungimento degli obiettivi. I chiarimenti a questo proposito potranno essere effettuati ad esempio nel quadro delle revisioni parziali e totali ancora da svolgere.

*In merito alla domanda 2:* il Governo non condivide questa opinione. Le disposizioni dell'art. 12 cpv. 1 LOCli concernenti progetti di legge devono naturalmente essere attuate. Il Governo parte dal presupposto che non in tutti i casi debba essere obbligatoriamente svolto un «controllo climatico» che, ai sensi dell'interpellanza presentata, illustri le emissioni di CO<sub>2eq</sub> previste. Gli investimenti statali e il versamento di fondi promozionali sono in ogni caso soggetti a una verifica della conformità al diritto vi-

gente. In futuro questa verifica comprenderà anche l'art. 12 cpv. 1 LOCl e le sue disposizioni esecutive. Pertanto nel quadro della verifica della relativa decisione concernente le spese si tiene già conto di questa disposizione. Le direttive corrispondenti devono essere rispettate nel quadro dell'esecuzione di altre leggi riguardanti i settori elencati nell'art. 12 cpv. 1 LOCl. Se ciò renda necessario un «controllo climatico» non è ancora stato stabilito.

*In merito alla domanda 3:* dopo l'emanazione delle disposizioni esecutive relative all'art. 12 cpv. 1 e cpv. 2 LOCl e l'entrata in vigore della LOCl il Governo esaminerà la procedura successiva. In tale contesto occorre mirare a una procedura quanto più armonizzata possibile a livello intercantonale e coordinata con la procedura federale.

*In merito alla domanda 4:* per quanto riguarda la valutazione della sostenibilità (VSost) si tratta di uno strumento facoltativo che trova applicazione in progetti «grandi» con conseguenze importanti e che comprende le tre dimensioni economia, ecologia e società. La decisione relativa allo svolgimento di una VSost spetta all'autorità direttiva. Non è senz'altro possibile rispondere alla domanda relativa al grado dell'attuazione conseguente della VSost dato che i criteri a favore dello svolgimento di una VSost presentano una certa incertezza. Si può tuttavia supporre che vi sia un certo potenziale per altre VSost.

Secondo il Governo la VSost, l'attuazione dell'art. 12 LOCl e un eventuale «controllo climatico» dovrebbero essere elementi indipendenti gli uni dagli altri, poiché rientrano in settori di applicazione diversi.

*In merito alla domanda 5:* per appalti sostenibili oltre alla selezione e alla ponderazione dei singoli criteri d'aggiudicazione sono determinanti i criteri d'idoneità che i fornitori devono obbligatoriamente rispettare nonché le specifiche tecniche d'aggiudicazione, ad esempio in relazione al rispetto delle risorse naturali e alla tutela dell'ambiente. Questi criteri non vengono ponderati in sede di aggiudicazione. Pertanto le percentuali in relazione ai criteri d'aggiudicazione sono poco significative, motivo per cui in questa sede si dovrebbe rinunciare a fornire informazioni in merito.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin